



Nr. 477 | 25.02.2026

Russland-Analysen

**Nukleare Abschreckung
Friedensverhandlungen
Medienzensur**

ANALYSE	
Ein neues Wettrüsten? Peter Rutland (Wesleyan University)	2
ANALYSE	
Russlands strategische Abschreckung verstehen: Entwicklung, Kultur und politische Bedeutung Asya Cooley und Skye Cooley (beide School of Media and Strategic Communications, Oklahoma State University)	5
STATISTIK	
Nukleare Rüstung	10
KOMMENTAR	
Verhandlungen Russland-Ukraine-USA: Theater für Trump? Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin)	13
KOMMENTAR	
Der russische Staat schottet seine Bevölkerung ab Soziale Medien aus dem Ausland sind für Normalbürger kaum noch zugänglich Philipp Dietrich (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin)	14
UMFRAGEN	
Informationsquellen	16
DOKUMENTATION	
Zugangsbeschränkungen zu Telegram und Internet in Russland	18
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	22

Ein neues Wettrüsten?

Peter Rutland (Wesleyan University)

DOI: 10.31205/RA.477.01

Zusammenfassung

Aus Anlass des Endes von »New START« gibt der Beitrag einen Überblick über die Entwicklung der Atomwaffenverträge zwischen Russland und den USA. Auf dieser Grundlage wird die aktuelle Lage analysiert. Zentral sind dabei der russische Eroberungskrieg gegen die Ukraine und der Politikwechsel der USA unter Präsident Donald Trump. Das Ergebnis ist eine »unsichere Zukunft«.

Einleitung

Am 5. Februar 2026 lief der New-START-Vertrag zur nuklearen Rüstungskontrolle aus. Zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges besteht kein Abkommen zur nuklearen Rüstungskontrolle mehr zwischen den USA und Russland. Thomas DiNanno, der amerikanische Unterstaatssekretär für Rüstungskontrolle, hielt am 6. Februar 2026 in Genf eine Rede, in der er das Ende der Ära einer einseitigen Zurückhaltung der USA in der Rüstungskontrolle verkündete. DiNanno erklärte, der »eklatanteste Mangel des New-START-Modells« sei das Scheitern, Russland an der Modernisierung seiner Atomwaffen zu hindern. Er argumentierte zudem, dass der Ausbau des chinesischen Atomwaffenarsenals ein neues Rüstungskontrollregime erforderlich mache, das alle drei führenden Atommächte einbeziehe.

Infolge des Auslaufens des New-START-Vertrags stellte das *Bulletin of the Atomic Scientists* seine Weltuntergangsuhr auf 85 Sekunden vor 12 vor – der geringste Zeitabstand zur Katastrophe seit der Einführung im Jahr 1947. Dies spiegelte nicht nur das Auslaufen des New-START-Vertrags wider, sondern auch die Kriegsgefahr aufgrund des iranischen Atomprogramms und die anhaltenden Spannungen zwischen den Atommächten Indien und Pakistan.

Die Federation of American Scientists schätzt das US-Atomwaffenarsenal auf 5.177 Sprengköpfe, das Russlands auf 5.459, jeweils einschließlich stillgelegter Sprengköpfe, und das Chinas auf 600. Neun Staaten besitzen zusammen über 12.000 Atomsprengköpfe, ein Rückgang gegenüber dem Höchststand von 70.000 im Jahr 1991 (siehe Grafik 1 auf S. 10 für Zahlen ohne stillgelegte Sprengköpfe).

Zurück in die Zukunft

In den 1970er Jahren schlossen die USA und die Sowjetunion eine Reihe wegweisender Verträge, die das nukleare Wettrüsten verlangsamen. Dazu gehörte der ABM-Vertrag von 1972, der die Stationierung von Systemen zum Abschuss anfliegender Interkontinentalraketen stark einschränkte. Dies war zentral für die Wahrung der gegenseitigen garantierten Abschreckung.

Das Ende des Kalten Krieges wurde durch den INF-Vertrag von 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion eingeläutet. Dieser verbot Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern und führte zur Demontage von 2.600 Raketen. Der Vertrag enthielt eine Bestimmung zur Vor-Ort-Inspektion, um die Einhaltung der Vorgaben zu gewährleisten. Der START-I-Vertrag von 1991 begrenzte die strategischen atomaren Streitkräfte der USA und Russlands auf 1.600 Trägersysteme und 6.000 Sprengköpfe. Er umfasste ein Inspektionsregime mit Datenaustausch, regelmäßigen Inspektionen der jeweiligen Standorte und sogar Benachrichtigungen bei jeder Verlegung einer Atomwaffe. 1992 verhandelten dann Russland und die USA den Vertrag über den Offenen Himmel (Open Skies Treaty). Dieser erlaubte den Unterzeichnerstaaten, kurzfristig Überwachungsflüge über dem jeweiligen Territorium durchzuführen (die mehr Daten liefern als Satelliten). Der Vertrag trat 2002 in Kraft.

1993 verhandelten beide Seiten den START-II-Vertrag, der Mehrfachsprengköpfe auf Interkontinentalraketen verbot. Die Ratifizierung verzögerte sich jedoch, und der Vertrag trat nie in Kraft, da Russland ihn an die Bedingung knüpfte, den ABM-Vertrag aufrechtzuerhalten. Die USA traten hingegen 2002 aus dem ABM-Vertrag aus, da sie die Möglichkeit eines Angriffs durch eine Atomrakete von Staaten wie Nordkorea oder Iran befürchteten. 2007 setzte Russland seine Teilnahme am Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa von 1990 aus, der Truppenverlegungen begrenzte. 2015 erfolgte der russische Austritt.

Anstelle von START II wurde 2002 der Vertrag über die Reduzierung strategischer Offensivwaffen (SORT) unterzeichnet, der die Anzahl der stationierten Atomsprengköpfe beider Seiten auf 1.700 bis 2.200 begrenzte. 2011 wurde dieser durch den New START-Vertrag ersetzt, der die USA und Russland auf 1.550 in Trägersystemen stationierte Atomsprengköpfe beschränkte und 18 Vor-Ort-Inspektionen pro Jahr vorsah.

Einen Überblick über die Laufzeiten der Atomwaffenverträge und die Zahl der von USA und Russland gelagerten Atomwaffen gibt Grafik 2 auf S. 10.

Russland und die USA haben sich regelmäßig gegenseitig beschuldigt, gegen diese Rüstungskontrollverträge zu verstoßen. Russland protestierte gegen die US-Pläne zur Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Osteuropa, während die USA Russland vorwarfen, Raketen zu entwickeln, die gemäß dem INF-Vertrag verboten seien. Infolgedessen lief der INF-Vertrag 2019 aus. 2020 kündigte US-Präsident Donald Trump den Vertrag über den Offenen Himmel, und Russland folgte diesem Beispiel 2021. Eines der wenigen noch gültigen Abkommen ist der Vertrag von 1967 zum Verbot von Atomwaffen im Weltraum.

Die Vor-Ort-Inspektionen von Atomwaffen wurden im März 2020 aufgrund der Corona-Pandemie eingestellt. Der New-START-Vertrag wurde jedoch im Januar 2021 um fünf Jahre verlängert. Im August 2022 verweigerte Russland die Wiederaufnahme der Vor-Ort-Inspektionen. Inmitten gegenseitiger Vorwürfe kündigte der russische Präsident Wladimir Putin im Februar 2023 an, seine Teilnahme am Vertrag auszusetzen, aber die Beschränkungen für die Zahl der Atomsprengköpfe weiter zu beachten.

Atomwaffen und der Krieg in der Ukraine

Der Hauptzweck von Atomwaffen besteht darin, einen Angriff einer anderen Macht auf das eigene Land abzuschrecken. Dies hat funktioniert: Es gab bisher keine Kriege zwischen Atommächten, und seit 1945 wurden keine Atomwaffen mehr eingesetzt – das sogenannte »Atomtabu«. (Tannenwald 2007)

Russlands großangelegter Angriffskrieg gegen die Ukraine ab Februar 2022 ging mit einer alarmierenden Zunahme atomarer Drohungen seitens des Kremls einher. Seit Kriegsbeginn erinnerten russische Politiker die NATO regelmäßig daran, dass sie bereit seien, als erstes Land Atomwaffen einzusetzen, falls sie eine »existenzielle Bedrohung« für Russland sähen. (Was sie als »existenzielle Bedrohung« betrachten würden, blieb dabei bewusst vage.) Schon im Juni 2020 veröffentlichte der Kreml ein Dokument, in dem die Bedingungen für einen russischen Atomwaffeneinsatz dargelegt wurden. Dazu gehörte unter anderem »der Fall einer Aggression gegen die Russische Föderation mit konventionellen Waffen, wenn die Existenz des Staates selbst bedroht ist.« Eine überarbeitete Fassung der Doktrin von 2024 lieferte weitere Einzelheiten. Ein konventioneller Angriff seitens eines Lands mit Unterstützung einer Atommacht wurde mit aufgenommen.

Putin nutzte Atomwaffen nicht nur, um einen Angriff der USA abzuschrecken, sondern auch, um die westlichen Mächte von einer Beteiligung am Ukraine-Krieg abzuhalten. Diese Ansicht findet in der russischen Öffentlichkeit teilweise Unterstützung: Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2023 halten 29 Prozent

der Befragten einen Einsatz von Atomwaffen durch Russland für gerechtfertigt. Eine andere Umfrage ergab, dass 55 Prozent der Deutschen glauben, Wladimir Putin könne Atomwaffen gegen die Ukraine einsetzen. (Re-Russia 2023) Im Juni 2023 stationierte Russland demonstrativ taktische Atomwaffen in Belarus.

Diese Strategie der nuklearen Bedrohung war – bis zu einem gewissen Grad – erfolgreich. Aus Angst vor einer nuklearen Eskalation verzichteten die USA und ihre NATO-Verbündeten darauf, eigene Streitkräfte in der Ukraine einzusetzen und beschränkten zunächst einige Arten von Waffenlieferungen an die Ukraine. Die Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen hielt Putin jedoch davon ab, die Nachschubwege, über die Waffen durch Polen, ein NATO-Mitglied, in die Ukraine gelangten, offen anzugreifen. Russland führte allerdings Sabotageakte in Polen und anderen Teilen Europas durch. (Jones 2025)

Der Trump Faktor

Als Donald Trump 2017 sein Amt antrat, signalisierte er seine Unzufriedenheit mit dem New-START-Vertrag, der von seinem Vorgänger Barack Obama ausgehandelt worden war. Trump setzte allerdings eine andere Maßnahme von Obama fort: die Modernisierung des Atomwaffenarsenals. Dieses Projekt wird über eine Billion Dollar kosten, wovon 90 Milliarden Dollar im Jahr 2026 investiert werden sollen. (CBO 2025) Zusätzlich zeigte Trump Interesse an einem »Golden Dome«, der das US-amerikanische Heimatland vor ballistischen Raketenangriffen schützen soll und dem israelischen »Iron Dome« nachempfunden ist.

Im Oktober 2025 ordnete Trump die Wiederaufnahme von Atomtests an (obwohl unklar bleibt, welche Folgen das hat). Die USA haben den Atomteststopp-Vertrag von 1996 nie ratifiziert, aber seit 1992 keinen Atomwaffentest mehr durchgeführt. Hinzu kommt, dass der Atomwaffensperrvertrag von 1970, der die Atommächte verpflichtet die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und Abrüstung zu fördern, nächstes Jahr erneuert werden muss. Die Aussichten dafür sind schlecht. Russland hat alle Bemühungen zur Blockierung des nordkoreanischen Atomprogramms aufgegeben und unterstützt das Land aktiv bei der Entwicklung von Atomraketen, wobei das Ausmaß dieser Unterstützung unklar ist.

Die USA betrachten allerdings mittlerweile China als Hauptgegner, dessen Atomwaffenarsenal bis 2030 voraussichtlich von 600 auf 1.000 Sprengköpfe anwachsen wird. Russland hingegen beschreibt die US-amerikanische Nationale Verteidigungsstrategie 2026 als eine »anhaltende, aber beherrschbare Bedrohung«. Die Hauptverantwortung für die Bewältigung dieser Bedrohung wird bei den europäischen NATO-Mitgliedern gesehen, während sich die USA auf die Eindämmung der chinesischen Expansion im Indopazifik konzentrieren.

ren. So erklärte US-Außenminister Marco Rubio am 4. Februar 2026: »Angesichts des riesigen und rasant wachsenden chinesischen Atomwaffenarsenals ist es unmöglich, etwas zu unternehmen, das China nicht einbezieht«. Die USA vertreten den Standpunkt, dass jedes neue Rüstungskontrollabkommen Russland und China einschließen muss – eine Forderung, die weder Moskau noch Peking gefällt.

Am 6. Februar 2026 lief der New-START-Vertrag aus. Im September 2025 hatte Putin vorgeschlagen, den Vertrag um ein Jahr zu verlängern, während über ein neues Abkommen verhandelt wurde. Die USA zeigten jedoch kein Interesse. Trump erklärte damals: »Wenn er ausläuft, läuft er aus.« Der Experte Ulrich Kühn bemerkte »die ziemliche Stille der Washingtoner Gesetzgeber zum Scheitern von New START.« (Belfer Center 2026) Die öffentlichen Debatten über die Angst vor Atomwaffen wurden weitgehend von den rasanten Entwicklungen in den Bereichen Informationskrieg, Cyberkrieg, künstliche Intelligenz und Drohnen verdrängt.

Am 5. Februar 2026 kündigte das Europäische Kommando der Vereinigten Staaten die Wiederaufnahme des militärischen Dialogs mit Russland an, auch ohne ein entsprechendes Abkommen. Einer der Hauptvorteile von Rüstungskontrollverträgen war der Austausch von Daten und das Anzeigen von Manövern, wodurch die Gefahr von Fehlwahrnehmungen und einer unbeabsichtigten Eskalation verringert wurde. Daher ist die Wiederaufnahme einiger routinemäßiger militärischer Kontakte zu begrüßen.

Eine unsichere Zukunft

Es ist unklar, wie es jetzt weitergeht. Einige Analysten befürchten ein unkontrolliertes nukleares Wettrüsten zwischen Russland, China und den USA. Die USA erwägen beispielsweise, durch die Nutzung von gelagerten Sprengköpfen die Gesamtzahl der einsatzbereiten Atomsprengköpfe auf 3.500 zu erhöhen. Unter anderem der Militäranalytiker Michael Kofman geht davon aus,

dass sowohl die USA als auch Russland ihre Waffensysteme außerhalb des New-START-Vertrags modernisiert hätten und die grundlegende Architektur der gegenseitigen Abschreckung weiterhin bestehe. Matthew Bunn argumentiert hingegen, Putin wolle sich auf konventionelle Waffen konzentrieren, weshalb ein unkontrolliertes nukleares Wettrüsten für ihn keine gute Idee sei.

Russland ist in der Tat vollständig mit der Produktion von Drohnen und Raketen für Angriffe auf die Ukraine beschäftigt und kann daher kaum Ressourcen aufbringen für die Herstellung und den Einsatz neuer Waffensysteme wie der schweren Interkontinentalrakete Sarmat, dem interkontinentalen Nukleartorpedo Poseidon, dem nukleargetriebenen Marschflugkörper Burewestnik, der U-Boote der Borei-Klasse mit Bulawa-Raketen oder dem Stratosphären-Gleitflugkörper Awangard (mit einer Geschwindigkeit von Mach 20). Diese Systeme weisen offenbar erhebliche Probleme bei der Zuverlässigkeit auf, die ihren Einsatz behindern.

Russland betrachtet diese neuen Waffen als asymmetrische Absicherung gegen zukünftige technologische Durchbrüche, die Russlands Zweitschlagfähigkeit untergraben könnten. Es ist besorgt über die stetigen Verbesserungen der US-amerikanischen Kapazitäten in den Bereichen Raketenabwehr, Präzisionsschläge über große Entfernungen und die Stationierung von Waffensystemen in Europa. Da die konventionellen Streitkräfte Russlands jedoch in der Ukraine Patt gesetzt sind und die Wirtschaft stagniert, wird Putins Bestreben, den Status einer Großmacht zurückzuerlangen, weiterhin auf dem Einsatz des russischen Atomwaffenarsenals beruhen.

Es bleibt unklar, ob die Trump-Regierung einen Plan vorlegen kann, der Moskau und Peking zu dreiseitigen Rüstungskontrollgesprächen bewegt. Trotz aller Reden von strategischer Partnerschaft ist die Zusammenarbeit zwischen Russland und China pragmatisch und transaktionsorientiert. Daher ist es wahrscheinlicher, dass Trump separate, bilaterale Verhandlungen mit Russland und China verfolgen wird.

Über den Autor

Peter Rutland ist Professor für Politikwissenschaft an der Wesleyan University und assoziiertes Mitglied des Davis Center for Russian and Eurasian Studies an der Harvard University. Als Experte für aktuelle russische Politik und Wirtschaft beschäftigt er sich seit über drei Jahrzehnten mit Russland und der ehemaligen Sowjetunion.

Lesetipps

- Belfer Center. 2026. "New START expires. What happens next?" Managing the Atom, Harvard University Kennedy School, 4 February. <https://www.belfercenter.org/quick-take/new-start-expires-what-happens-next>
- Bunn, Matthew, 2026. "How to avoid a new nuclear arms race," *The Hill*, 29 January. <https://thehill.com/opinion/national-security/5710718-new-start-treaty-expiration/>
- CBO – Congressional Budget Office. 2025. *Projected Costs of U.S. Nuclear Forces, 2025 to 2034*. Washington DC, April. <https://www.cbo.gov/publication/61362>
- Jones, Sam. 2025. "Russia's hybrid warfare puts Europe to the test," *Financial Times*, 9 December. <https://www.ft.com/content/2084e87d-d491-4852-8449-f90b73d4788b>

- Kofman, Michael 2026. "Running to stand still: Russian nuclear modernization after New START," *War on the Rocks*, 16 February. <https://warontherocks.com/2026/02/running-to-stand-still-russian-nuclear-modernization-after-new-start/>
- Re-Russia. 2023. "The nuclear blackmail bloc." 16 May. <https://re-russia.net/en/review/266/>
- Sinovets, Polina and Muhammed Alkış. 2025. "Deterrence, compellence, or credibility fatigue? Russian nuclear threats in the war on Ukraine." *Journal for Peace and Nuclear Disarmament*, 8 (2): 393–408.
- Tannenwald, Nina. 2007. *The Nuclear Taboo. The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945*. New York: Cambridge University Press.

ANALYSE

Russlands strategische Abschreckung verstehen: Entwicklung, Kultur und politische Bedeutung

Asya Cooley und Skye Cooley (beide School of Media and Strategic Communications, Oklahoma State University)

DOI: 10.31205/RA.477.02

Zusammenfassung

Dieser Beitrag untersucht basierend auf einer Analyse von 250 russischen Militärdokumenten, wie sich das russische militärische Denken zur strategischen atomaren Abschreckung von den 1950er Jahren bis heute entwickelt hat. Im Ergebnis lassen sich sieben Phasen von der nuklearen Weiterverbreitung bis zur hybriden strategischen Abschreckung unterscheiden. Deutlich wird Russlands Fokussierung auf seinen Status als Atommacht, während gleichzeitig hybride Ansätze entwickelt werden, die atomare, konventionelle und informationstechnische Fähigkeiten integrieren. Es zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen russischem und westlichem Verständnis von atomarer Abschreckung, was zu Fehleinschätzungen führen kann.

Einleitung

Die russische Doktrin der strategischen Abschreckung stellt westliche Entscheidungsträger vor ein anhaltendes Rätsel: Wie versteht Russland atomare Abschreckung tatsächlich, und warum unterscheidet sich dieses Verständnis so deutlich von westlichen Ansätzen? Diese Unterschiede zu verstehen, ist keine rein akademische Übung. Fehlwahrnehmungen zwischen Russland und dem Westen bergen die reale Gefahr von Missverständnissen und unbeabsichtigter Eskalation, insbesondere angesichts der anhaltenden Spannungen in den internationalen Beziehungen.

Dieser Beitrag basiert auf einer umfassenden Analyse russischer Militärdokumente aus sieben Jahrzehnten (wie etwa sowjetischen und russischen Militärdoktrinen sowie Aufsätzen in den russisch-sprachigen Fachzeitschriften »Militärisches Denken« (»Wojennaja Mysl«) und »Unabhängige Militärische Rundschau« (in »Nezawisimoje Wojennoje Obozrenije«). Er zeichnet die Entwicklung des russischen Denkens zu atomarer Abschreckung nach und erläutert, wie die strategische Kultur Effektivitätskriterien prägt, die sich grundlegend von westlichen Annahmen unterscheiden. Für politi-

sche Entscheidungsträger ergibt sich daraus als zentrale Erkenntnis: Die Konzeption von Abschreckung variiert je nach strategischem Kontext und erfordert daher eine entsprechende Anpassung der Strategien westlicher Staaten.

Phasen des russischen Verständnisses von atomarer Abschreckung

Das russische militärische Denken über atomare Abschreckung hat sich in sieben zeitlich abgrenzbaren Phasen entwickelt, die jeweils durch spezifische Herausforderungen und strategische Fragen gekennzeichnet waren, die zu jeweils unterschiedlichen Doktrinen führten.

Phase 1: Erwerb von Atomwaffen (1954–1959)

Mit dem Erwerb von Atomwaffen begann für die sowjetischen Streitkräfte eine tiefgreifende Transformation. Wie Marschall Sokolowski feststellte, führte das Aufkommen von Atomwaffen zu grundlegenden Veränderungen in der modernen Kriegsführung. Die zentrale Frage lautete: Wie lässt sich mit einem begrenzten Atomwaffenarsenal eine angemessene Abschreckung gewährleisten?

Phase 2: Wettrüsten (1960er–1970er Jahre)

Diese Phase ist geprägt von einem fieberhaften atomaren Wettrüsten zwischen der Sowjetunion und den USA. Es findet eine umfassende Umstrukturierung der Streitkräfte statt, die von differenzierteren Bewertungen der Rolle von Atomraketen im breiteren Kontext bewaffneter Konflikte geleitet wurde.

Phase 3: Nukleares Patt als Grundlage von Abschreckung (1970er–1991)

Die russische Militärdebatte geht davon aus, dass die Konfliktparteien das Potenzial erreicht haben, sich gegenseitig wiederholt zu vernichten und damit die menschliche Zivilisation zu bedrohen. Die Sicht auf strategische Atomwaffen wandelten sich von der Planung möglicher Kampfeinsätze zur Betonung der abschreckenden Wirkung. Die Planung für bewaffnete Konflikte verlagerte sich hin zum begrenzten Atomkrieg. Von 1970 bis 1973 führte die Sowjetunion vertrauliche Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen, die 1982 in der einseitigen Erklärung der Sowjetunion zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen gipfelten. Trotz dieser Entwicklungen waren die sowjetischen Militärführer weiterhin der Ansicht, dass die Fähigkeit, einen Atomkrieg zu führen, zur Abschreckung notwendig sei.

Phase 4: Abschreckung als Deeskalation (1990er–2000er Jahre)

Nachdem die USA bei Kriegseinsätzen ihre Luftüberlegenheit und die Fähigkeit zu Präzisionsschlägen demonstriert hatten, fragten sich russische Militärdenker, wie sich derartige Bedrohungen durch konventionelle Waffen mit atomarer Abschreckung verhindern lassen. Dies war besonders relevant, da Russlands konventionelle Fähigkeiten deutlich hinter den amerikanischen zurückblieben. Das Konzept der Deeskalation im russischen Verständnis – die Drohung mit einem begrenzten Atomschlag, um einen Gegner zum Rückzug auf die alte Position zu zwingen – entstand als Versuch, die nuklearen Fähigkeiten gegen einen konventionell überlegenen Gegner optimal einzusetzen.

Phase 5: Strategische Abschreckung (2000er–2010er Jahre)

Das russische militärische Denken beschäftigte sich zunehmend mit Möglichkeiten der kombinierten Nutzung von atomaren und konventionellen Waffen, um die Fähigkeit zur Abschreckung konventioneller und atomarer Angriffe zu verbessern. Der Begriff der »strategischen Abschreckung« wurde populär, der definiert wurde als die Fähigkeit, drei Bedrohungen zu generieren: garantierte Vernichtung (1) eines für Abschreckung ausreichenden Teils der gegnerischen Wirtschaft und Bevöl-

kerung, (2) zentraler Verbände der gegnerischen Armee, und (3) eines großen Teils der gegnerischen politischen Elite. Die russische Militärdoktrin von 2010 betonte den frühzeitigen Einsatz von Desinformation, um politische Ziele ohne direkten Militäreinsatz zu erreichen.

Phase 6: Übergreifende Abschreckung (seit den 2010er Jahren)

In russischen Militärdiskussionen wurde zunehmend davon ausgegangen, dass die Wirksamkeit von Atomwaffen bei der Abschreckung konventioneller und nicht-traditioneller Sicherheitsbedrohungen begrenzt ist. Dies führte zur Entwicklung der domänenübergreifenden Abschreckung, die Russland Optionen jenseits nuklearer Fähigkeiten eröffnete. Domänenübergreifende Abschreckung umfasst atomare und konventionelle Waffen sowie Maßnahmen im Bereich der Desinformation. Die Militärdoktrin von 2014 etablierte einen umfassenden Rahmen für nicht-nukleare Abschreckung, der außenpolitische, militärische und militärtechnische Maßnahmen einschließt und gleichzeitig die zunehmend im Informationsbereich auftretenden Bedrohungen hervorhebt.

Phase 7: Hybride strategische Abschreckung (2020s–Gegenwart)

Dieses neue Konzept spiegelt Russlands Einsicht wider, wirtschaftlich nicht mit den USA mithalten zu können. Hybride Abschreckung, darunter politischer und militärischer Druck, Wirtschaftssanktionen und ideologische Subversion, werden als aktive, offensive Strategie konzipiert. Hybride Abschreckung wird im Vergleich zu atomaren oder konventionellen Präzisionswaffen als flexibler beschrieben. Beispiele hierfür sind Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen, Desinformationskampagnen zur Untergrabung des öffentlichen Vertrauens in staatliche Institutionen und wirtschaftlicher Zwang durch Manipulation der Energieversorgung.

Strategische Kultur und effektive Abschreckung

Die in russischen Militärdokumenten dargestellte Konzeption effektiver Abschreckung deckt sich jeweils weitgehend mit Schlüsselementen der russischen strategischen Kultur, insbesondere mit dem Wechselspiel zwischen wahrgenommener Verwundbarkeit und Großmachtstatus. Die Betonung des eigenen Status als Atommacht spiegelt sowohl Russlands historisches Verständnis von militärischer Macht als Ausdruck staatlicher Handlungsfähigkeit als auch sein tief verwurzeltes Gefühl der Verwundbarkeit gegenüber externen Bedrohungen wider.

Die Bedeutung von Atomwaffen durchdringt dabei alle Diskussionen. Die russischen Militärdoktrinen von 2000 und 2010 betonen, dass Atomwaffen dazu dienen,

sowohl nukleare als auch konventionelle Angriffe abzuschrecken, und eine wichtige Rolle bei der Verhinderung großer regionaler Kriege spielen. Etliche Zitate zeigen dies: »Russland muss Atommacht bleiben solange die Welt bewaffnet ist.« »Solange es große Waffenarsenale in der Welt gibt, können Russlands Atomwaffen als Sicherheitsgarantie durch nichts ersetzt werden, einschließlich Hochpräzisionswaffen.« »Für die Russische Föderation ist die Erhaltung und Ausweitung der strategischen Atomstreitkräfte der einzige sichere Weg die eigene Souveränität zu garantieren.«

Die Betonung asymmetrischer Reaktionen verdeutlicht, was Covington (2016) als »strategische Einzigartigkeit« der russischen Strategiekultur bezeichnet hat – die Entwicklung spezifischer militärischer Ansätze zur Maximierung von Chancen. Russische Dokumente befürworten flexible, regionale Kommandostrukturen und asymmetrische Abschreckungsprinzipien, um wahrgenommene eigene Schwächen auszugleichen. Die Begründung: Unzureichende Stärke einer Komponente kann durch andere kompensiert werden, beispielsweise die Schwäche konventioneller Waffen zur Abschreckung durch atomare. Dies ist das Prinzip der »asymmetrischen Abschreckung«, das aktuell das militärische Denken in Russland prägt.

Auch der strategischen konventionellen Abschreckung wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Im Gegensatz zur atomaren Abschreckung muss sie nicht zentral erfolgen, sondern kann von regionalen Kommandos in strategischen Richtungen aus erfolgen, was Flexibilität und Effektivität erhöht.

Eine wirksame Abschreckung erfordert nach russischem Verständnis drei Dinge: ein klares Verständnis davon, wo rote Linien gezogen werden, die nicht überschritten werden dürfen; die Fähigkeit, so zu reagieren, dass die Verluste des Angreifers seine erwarteten Vorteile überwiegen; und eine überzeugende Entschlossenheit, Drohungen wahr zu machen.

Bei der Diskussion der Effektivität von Abschreckung benennen russische Militärtheoretiker mehrere Herausforderungen. Atomare Abschreckung wirkt nur gegen geopolitische Großmächte. Sie ist nicht immer wirksam bei der Verhinderung externer bewaffneter Konflikte und völlig wirkungslos bei der Verhinderung interner Konflikte. Im Kampf gegen neue Bedrohungen wie die Weiterverbreitung von Atomwaffen, internationalen Terrorismus, ethnische und religiöse Konflikte, Drogenhandel und grenzüberschreitende Kriminalität gilt atomare Abschreckung ebenfalls als völlig wirkungslos. Entscheidend für die Einschätzung der geopolitischen Lage ist die Wahrnehmung, dass die Wirksamkeit der eigenen atomaren Abschreckung aufgrund der Stationierung eines globalen Raketenabwehrsystems durch die USA weiter abnimmt.

Russische und westliche Perspektive im Vergleich

Es bestehen mehrere wesentliche Unterschiede im Verständnis und der Herangehensweise Russlands und der USA an das Thema Abschreckung, was zu Spannungen und Fehlwahrnehmungen beiträgt.

Russland setzt im Vergleich zu den USA stärker auf Atomwaffen, um die regionale Abschreckung aufrechtzuerhalten und Schwächen in seinen konventionellen militärischen Fähigkeiten auszugleichen. In diesem Zusammenhang betreibt Russland häufig aggressive »Atomwaffen-Rhetorik«, um sich als unvorhersagbar und eskalationsbereit darzustellen und die NATO damit zur Zurückhaltung zu veranlassen. Die USA hingegen senden zurückhaltendere Signale, um Entschlossenheit und die Bereitschaft zur Verteidigung der verbündeten Staaten zu zeigen.

Russland misst dem nuklearen Patt mit den USA weiterhin große Bedeutung bei, während die USA nukleare Abschreckung global ausweiten ohne auf genaue zahlenmäßige Gleichheit fixiert zu sein. Gleichzeitig sieht Russland die amerikanischen Rakenschutzsysteme als potentielle Bedrohung für die atomare Abschreckung, da die Fähigkeit zu einem atomaren Zweitschlag eingeschränkt wird. Die USA hingegen erklären, dass die Ziele ihrer Raketenabwehr rein defensiver Natur sind und sich nur gegen begrenzte Angriffe richten.

Die russischen Militärdokumente beschreiben einen grundlegenden Unterschied in der Militärorganisation. Das US-amerikanische Militär wird als aggressiv beschrieben. Es sei an einer globalen Präsenz interessiert und an der Möglichkeit, ohne Folgen Staaten angreifen zu können, die die Hegemonie der USA bedrohen. Die eigene russische strategische Abschreckung wird dagegen als Eindämmung von Bedrohungen der nationalen Sicherheit beschrieben. Ein russisches Dokument argumentiert so, dass eine weitreichende Reduzierung von Atomwaffen durch Russland und die USA das Kriegsrisiko nicht reduzieren würde, sondern im Gegenteil aggressive US-amerikanische Pläne bestärken würde, die die globale Sicherheit gefährden würden. Der Abbau von Atomwaffen bei gleichzeitiger Existenz einer fortgeschrittenen Raketenabwehr auf Seiten der USA würde nur potentiellen Aggressoren nutzen, da so die Fähigkeit der Opfer zu effektiven atomaren Gegenschlägen minimiert würde. Als Schlussfolgerung für Russland ergibt sich die Beibehaltung des starken Arsenal an Atomwaffen. Aus dieser Einschätzung ergeben sich auch unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Zwecks strategischer Waffen. Ein russisches Dokument argumentiert, dass strategische Waffen nicht einfach als offensiv oder defensiv, sondern entweder als stabilisierend oder destabilisierend beschrieben werden sollten. Aus dieser Perspektive wird das US-Raketenabwehrsystem nicht als

defensiv, sondern als gefährliche und destabilisierende Komponente der offensiven Fähigkeiten Washingtons betrachtet. Sein Hauptzweck ist die Neutralisierung der Bedrohung durch einen russischen Vergeltungsschlag nach einem ersten amerikanischen Angriff.

Russlands Konzentration auf Raketenabwehrsysteme und das strategische Gleichgewicht zeigt, was Götz und Staun (2022) als tiefsitzendes Unsicherheitsgefühl Russlands im Kampf gegen den Westen beschrieben haben. Dieses Unsicherheitsgefühl manifestiert sich in russischen Militärdokumenten, die die Besorgnis äußern, dass die US-Raketenabwehr die strategische Stabilität gefährden und potenziell Erstschläge ermöglichen könnte.

Politische Relevanz

Die oben aufgeführten Punkte zeigen deutlich die unterschiedlichen Vorstellungen Russlands und des Westens von Abschreckung. Daraus erwächst die Gefahr von Fehlwahrnehmungen und unkontrollierter Eskalation in den angespannten Beziehungen. Unsere Analyse unterstreicht Russlands starke Fixierung auf seinen Status als Atommacht. Defizite in konventionellen militärischen Fähigkeiten haben zu der Überzeugung geführt, dass der Erhalt der atomaren Kampfkraft für den eigenen Großmachtstatus unerlässlich ist. Dies erklärt Russlands Zurückhaltung bei der Reduzierung seiner Atomwaffen. Stattdessen setzt Russland auf die Entwicklung innovativer Abschreckungsstrategien, die kosteneffiziente, über traditionelle Waffensysteme hinausgehende Instrumente nutzen, wie die Anwendung domänenübergreifender und hybrider Abschreckungsansätze zeigt.

Russland setzt weiterhin auf Abschreckung durch Atomwaffen, um in regionalen Konflikten, die sein Überleben gefährden, eine Eskalation zu verhindern. Russische Strategen sind sich ihrer konventionellen Unterlegenheit in größeren Auseinandersetzungen mit Gegnern wie der NATO weiterhin bewusst. Deshalb werden nukleare Drohungen oder der Einsatz von Atomwaffen zu wichtigen Instrumenten der Eskalationssteuerung, wenn konventionelle Optionen ausgeschöpft sind. Dies impliziert die Bereitschaft, eine Eskalation bewusst in Kauf zu nehmen, anstelle der Überzeugung, dass eine Eskalation vermieden werden kann.

In den angespannten Beziehungen Russlands zu den USA und dem Westen zeichnet sich ein klares Muster ab. Russland stellt die USA als negative Kraft auf der internationalen Bühne dar. Die Entwicklung von Raketenabwehrsystemen bereitet Russland Sorgen und bestärkt die Annahme, die USA könnten in ihrer globalen Rolle noch unberechenbarer und rücksichtsloser agieren.

In dieser Situation muss das Verständnis von Abschreckung neu definiert werden. Die alleinige Konzentration auf atomare Abschreckung ist nicht länger sinnvoll. Vielmehr ist es unerlässlich, Abschreckung als vielschichtige Herausforderung zu begreifen, die nicht nur atomare und konventionelle Waffensysteme umfasst, sondern auch eine breite Palette nichtmilitärischer Ansätze und neuer Technologien.

Zentral ist es, das gegenseitige Verständnis zu verbessern und das Risiko von Missverständnissen und unbeabsichtigter Eskalation zu verringern. Diese Studie soll politischen Entscheidungsträgern helfen zu verstehen, dass das Konzept der Abschreckung nicht universell ist und je nach kulturellem Kontext in verschiedenen strategischen Gemeinschaften variiert. Daher sollten die Abschreckungsstrategien der verschiedenen Akteure an diese Unterschiede angepasst werden.

Das Auslaufen des New-START-Vertrags am 5. Februar 2026 verleiht diesen Erkenntnissen besondere Dringlichkeit. Erstmals seit den frühen 1970er-Jahren operieren die USA und Russland ohne rechtsverbindliche Beschränkungen ihrer strategischen Atomwaffenarsenale. Das Ende des Vertrags – als Folge von Russlands Aussetzung der Vor-Ort-Inspektionen und des Datenaustauschs im Jahr 2023 im Kontext der eskalierenden Spannungen um die Ukraine – hat eine Debatte über die Zukunft der bilateralen Rüstungskontrolle ausgelöst. Zwar schlug der russische Präsident Wladimir Putin im September 2025 eine einjährige freiwillige Verlängerung der zentralen Beschränkungen von New START vor, und Vertreter der USA signalisierten Interesse an einer fortgesetzten informellen Einhaltung während der Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen, doch konnte bisher kein verbindlicher Rahmen geschaffen werden. Die Trump-Regierung sprach sich für einen »neuen, verbesserten und modernisierten Vertrag« aus, der auch China einschließen würde, doch Experten warnten davor, dass die chinesische Beteiligung als Vorbedingung jeglichen Fortschritt behindern könnte.

Die gegenwärtige Pattsituation verdeutlicht genau die Gefahren, die diese Studie aufzeigt: Ohne ein gegenseitiges Verständnis der jeweiligen Auffassungen von strategischer Stabilität und Abschreckung bleiben die Aussichten auf eine wirksame Rüstungskontrolle düster. Angesichts der bevorstehenden Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags 2026 sendet das Fehlen bilateraler Beschränkungen zwischen den USA und Russland ein beunruhigendes Signal hinsichtlich des Engagements der Atomwaffenstaaten für Abrüstung und Risikoreduzierung.

Informationen über die Autor:innen, einen Förderhinweis und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autoren

Asya Cooley, Ph.D. ist Associate Professor für Strategische Kommunikation und Koordinatorin des Graduiertenprogramms an der School of Media & Strategic Communications der Oklahoma State University. Sie ist eine der Leiterinnen der Media Ecology and Strategic Analysis (MESA) Research Group. Ihre Forschung konzentriert sich auf die Rechenschaftspflicht gemeinnütziger Organisationen, strategische Kommunikation und Medienberichterstattung über globale Themen.

Skye Cooley, Ph.D. ist Associate Professor für Strategische Kommunikation und transdisziplinärer Forscher an der School of Media & Strategic Communications der Oklahoma State University. Er ist einer der Leiter der Media Ecology and Strategic Analysis (MESA) Research Group. In seiner Forschung konzentriert er sich auf Mediennarrativ-Analyse und Psychophysiologische Kohärenz.

Förderhinweis

Die diesem Beitrag zugrundeliegende Forschung wurde von NSI, Inc. im Rahmen des Projekts »Rahmenbedingungen strategischer Abschreckung im 21. Jahrhundert« gefördert. Die Autoren danken den Studierenden Campbell Clark, Shahariar Khan Nobel und Kris Gilmore von der Oklahoma State University für ihre Unterstützung.

Dieser Beitrag basiert auf einer zuerst im Journal of Slavic and Military Studies veröffentlichten Studie: Cooley, A., Cooley, S., & Shin, S. (2026). From Nuclear Proliferation to Hybridity: The Evolution of Russian Understandings of Strategic Deterrence. *The Journal of Slavic Military Studies*, 39(1), 1–25. <https://doi.org/10.1080/13518046.2026.2618361>

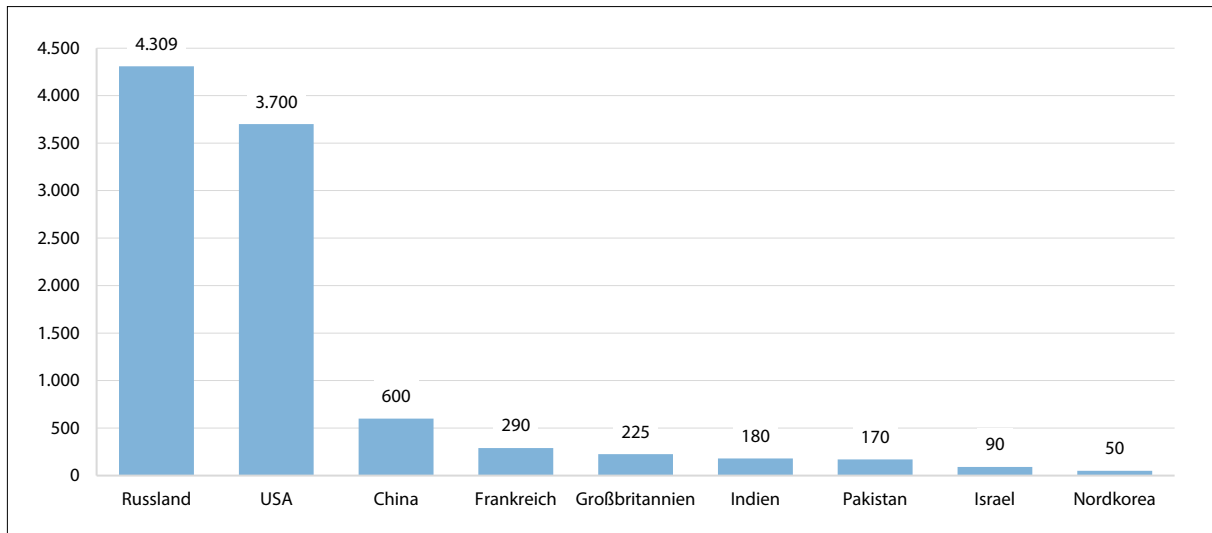
Lesetipps

- Adamsky, Dmitry. 2015. *Cross-Domain Coercion: The Current Russian Art of Strategy*. Proliferation Papers 54. Paris: IFRI Security Studies Center.
- Adamsky, Dmitry. 2018. "From Moscow with Coercion: Russian Deterrence Theory and Strategic Culture." *Journal of Strategic Studies* 41, no. 1–2: 33–60.
- Anichkina, Tatiana, Anna Péczeli, and Nickolas Roth. 2017. "The Future of US–Russian Nuclear Deterrence and Arms Control." *Bulletin of the Atomic Scientists* 73, no. 4: 271–278.
- Cimbala, Stephen J. 2006. "Parity in Peril? The Continuing Vitality of Russian-US Strategic Nuclear Deterrence." *Contemporary Security Policy* 27, no. 3: 417–434.
- Cimbala, Stephen J. 2015. "Deterrence in a Multipolar World: Prompt Attacks, Regional Challenges, and US–Russian Deterrence." *Air & Space Power Journal* 29, no. 4: 51–69.
- Covington, Stephen R. 2016. *The Culture of Strategic Thought Behind Russia's Modern Approaches to Warfare*. Cambridge, MA: Harvard Kennedy School, Belfer Center for Science and International Affairs.
- Fink, Anya Loukianova. 2017. "The Evolving Russian Concept of Strategic Deterrence: Risks and Responses." *Arms Control Today* 47, no. 6: 14–20.
- Frank, Willard C., and Philip S. Gillette. 1992. *Soviet Military Doctrine from Lenin to Gorbachev, 1915-1991*. Westport, CT: Greenwood Publishing Group.
- Götz, Elias, and Jørgen Staun. 2022. "Why Russia Attacked Ukraine: Strategic Culture and Radicalized Narratives." *Contemporary Security Policy* 43, no. 3: 482–497.
- Kühn, Ulrich, Shetty Sandeep, and Polina Sinovets. 2017. "Europe's Nuclear Woes: Mitigating the Challenges of the Next Years." *Bulletin of the Atomic Scientists* 73, no. 4: 245–254.
- Mathers, Jennifer G. 2014. "Nuclear Weapons in Russian Foreign Policy: Patterns in Presidential Discourse 2000–2010." In *Russia and the World*, pp. 103–127. Routledge.
- Rodgers, James, and Alexander Lanoszka. 2023. "Russia's rising military and communication power: From Chechnya to Crimea." *Media, War & Conflict* 16, no. 2: 135–152.
- Sokov, Nikolai N. 2014. "Why Russia Calls a Limited Nuclear Strike 'De-escalation.'" *Bulletin of the Atomic Scientists* 70, no. 1: 1–4.
- Ven Bruusgaard, Kristin. 2016. "Russian Strategic Deterrence." *Survival* 58, no. 4: 7–26.

STATISTIK

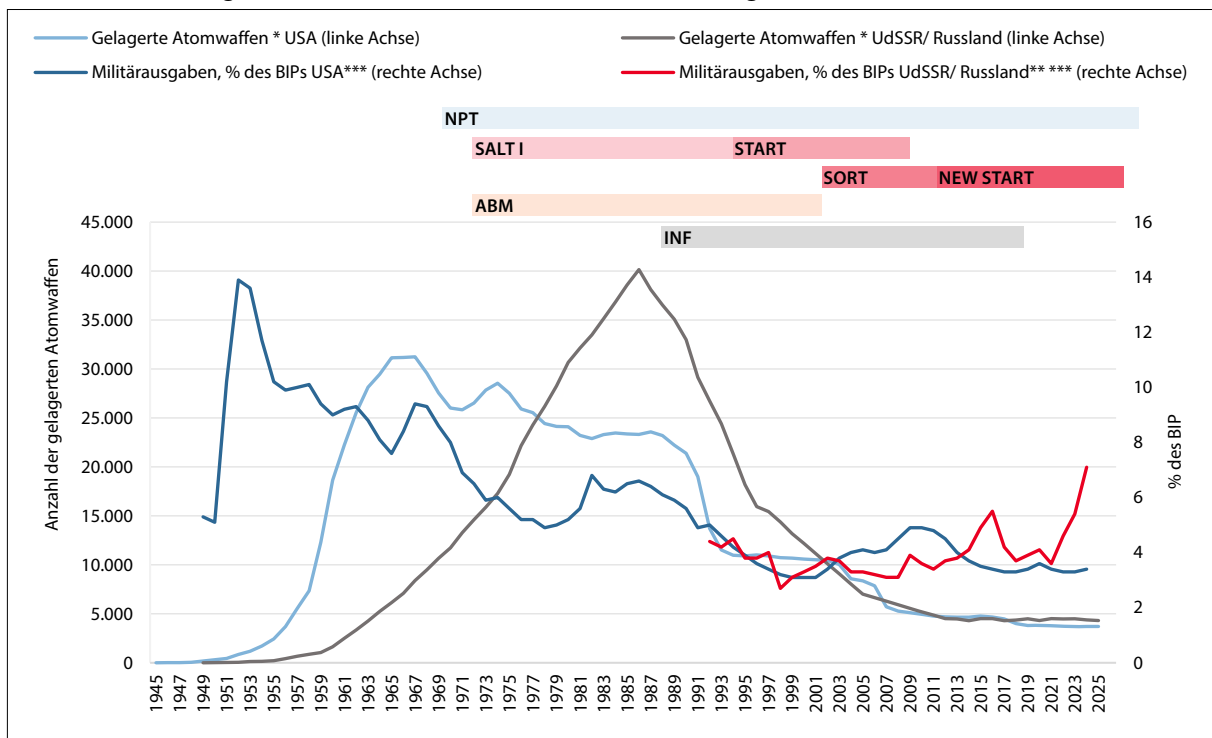
Nukleare Rüstung

Grafik 1: Weltweite Bestände an nutzbaren Sprengköpfen für Atomwaffen 2026



Quelle: Hans M. Kristensen, Matt Korda, Eliana Johns, and Mackenzie Knight-Boyle, Federation of American Scientists, <https://fas.org/initiative/status-world-nuclear-forces/>

Grafik 2: Rüstungskontrollabkommen, Atomwaffen und Militärausgaben 1945–2026



* Beinhaltet stationierte und nicht-stationierte strategische und nicht-strategische Sprengköpfe. Nicht erfasst sind ausgerüstete Sprengköpfe, die demontiert werden sollen.

**1992–2012: Schätzungen von SIPRI

*** 2025: Bei Redaktionsschluss noch keine Daten verfügbar

Quellen: siehe Tabelle 1

Tabelle 1: Rüstungskontrollabkommen, Atomwaffen und Militärausgaben 1945–2026

Jahr	Gelagerte Atomwaffen *		Militärausgaben, % des BIPs		Abkommen	
	USA	UdSSR/ Russland	USA	UdSSR/ Russland**	In Kraft getreten	Austritt/ Ablauf
1945	2					
1946	9					
1947	13					
1948	50					
1949	170	1	5,3			
1950	299	5	5,1			
1951	438	25	10,2			
1952	841	50	13,9			
1953	1.169	120	13,6			
1954	1.703	150	11,7			
1955	2.422	200	10,2			
1956	3.692	426	9,9			
1957	5.543	660	10,0			
1958	7.345	863	10,1			
1959	12.298	1.048	9,4			
1960	18.638	1.627	9,0			
1961	22.229	2.492	9,2			
1962	25.540	3.346	9,3			
1963	28.133	4.259	8,8			
1964	29.463	5.242	8,1			
1965	31.139	6.144	7,6			
1966	31.175	7.091	8,4			
1967	31.255	8.400	9,4			
1968	29.561	9.490	9,3			
1969	27.552	10.671	8,6			
1970	26.008	11.736	8,0		NPT (05.03.1970)	
1971	25.830	13.279	6,9			
1972	26.516	14.600	6,5		SALT I, ABM (03.10.1972)	
1973	27.835	15.878	5,9			
1974	28.537	17.286	6,0			
1975	27.519	19.235	5,6			
1976	25.914	22.165	5,2			
1977	25.542	24.281	5,2			
1978	24.418	26.169	4,9			
1979	24.138	28.258	5,0		SALT II	
1980	24.104	30.665	5,2			
1981	23.208	32.146	5,6			
1982	22.886	33.486	6,8			
1983	23.305	35.130	6,3			
1984	23.459	36.825	6,2			
1985	23.368	38.582	6,5			
1986	23.317	40.159	6,6			
1987	23.575	38.107	6,4			
1988	23.205	36.538	6,1		INF (01.06.1988)	
1989	22.217	35.078	5,9			
1990	21.392	32.980	5,6			
1991	19.008	29.154	4,9			
1992	13.708	26.734	5,0	4,4		
1993	11.511	24.403	4,6	4,2		
1994	10.979	21.339	4,2	4,5	START (05.12.1994)	
1995	10.904	18.179	3,9	3,8		
1996	11.011	15.942	3,6	3,8		
1997	10.903	15.442	3,4	4,0		
1998	10.732	14.368	3,2	2,7		
1999	10.685	13.188	3,1	3,1		
2000	10.577	12.188	3,1	3,3		

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Rüstungskontrollabkommen, Atomwaffen und Militärausgaben 1945–2026 (Fortsetzung)

Jahr	Gelagerte Atomwaffen *		Militärausgaben, % des BIPs		Abkommen	
	USA	UdSSR/ Russland	USA	UdSSR/ Russland**	In Kraft getreten	Austritt/ Ablauf
2001	10.526	11.152	3,1	3,5		
2002	10.457	10.114	3,4	3,8		ABM (13.06.2002)
2003	10.027	9.076	3,8	3,7	SORT (01.06.2003)	
2004	8.570	8.038	4,0	3,3		
2005	8.360	7.000	4,1	3,3		
2006	7.853	6.643	4,0	3,2		
2007	5.709	6.286	4,1	3,1		
2008	5.273	5.929	4,5	3,1		
2009	5.113	5.527	4,9	3,9		START
2010	4.950	5.215	4,9	3,6		
2011	4.763	4.858	4,8	3,4	New START (05.02.2011)	
2012	4.680	4.500	4,5	3,7		
2013	4.650	4.480	4,0	3,8		
2014	4.650	4.300	3,7	4,1		
2015	4.760	4.500	3,5	4,9		
2016	4.670	4.500	3,4	5,5		
2017	4.480	4.300	3,3	4,2		
2018	4.000	4.350	3,3	3,7		
2019	3.800	4.490	3,4	3,9		INF
2020	3.800	4.310	3,6	4,1		
2021	3.800	4.500	3,4	3,6		
2022	3.708	4.477	3,3	4,6		
2023	3.708	4.489	3,3	5,4		
2024	3.708	4.380	3,4	7,1		
2025	3.700	4.309	***	***		
2026						New START

* Beinhaltet stationierte und nicht-stationierte strategische und nicht-strategische Sprengköpfe. Nicht erfasst sind ausgerüstete Sprengköpfe, die demontiert werden sollen.

**1992–2012: Schätzungen von SIPRI

*** 2025: Bei Redaktionsschluss noch keine Daten verfügbar

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database; <https://www.sipri.org/databases/milex>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2013): Global nuclear weapons inventories, 1945–2013 in: *Bulletin of the Atomic Scientist*, 69:5, S. 78; <https://doi.org/10.1177/0096340213501363>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2014): US nuclear forces, 2014 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 70:1, S. 86; <https://doi.org/10.1177/0096340213516744>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2014): Russian nuclear forces, 2014 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 70:2, S. 77; <https://doi.org/10.1177/0096340214523565>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2015): US nuclear forces, 2015 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 71:2, S. 108; <https://doi.org/10.1177/0096340215571913>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2015): Russian nuclear forces, 2015 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 71:3, S. 85; <https://doi.org/10.1177/0096340215581363>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2016): United States nuclear forces, 2016 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 72:2, S. 64; <https://doi.org/10.1080/00963402.2016.1145901>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2016): Russian nuclear forces, 2016 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 72:3, S. 126; <https://doi.org/10.1080/00963402.2016.1170359>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2017): United States nuclear forces, 2017 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 73:1, S. 49; <https://doi.org/10.1080/00963402.2016.1264213>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2017): Russian nuclear forces, 2017 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 73:2, S. 116; <https://doi.org/10.1080/00963402.2017.1290375>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2018): United States nuclear forces, 2018 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 74:2, S. 121; <https://doi.org/10.1080/00963402.2018.1438219>; Kristensen, H. M. & Norris, R. S. (2018): Russian nuclear forces, 2018 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 74:3, S. 186; <https://doi.org/10.1080/00963402.2018.1462912>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2019): United States nuclear forces, 2019 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 75:3, S. 123; <https://doi.org/10.1080/00963402.2019.1606503>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2019): Russian nuclear forces, 2019 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 75:2, S. 74; <https://doi.org/10.1080/00963402.2019.1580891>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2020): United States nuclear forces, 2020 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 76:1, S. 47; <https://doi.org/10.1080/00963402.2019.1701286>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2020): Russian nuclear forces, 2020 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 76:2, S. 104; <https://doi.org/10.1080/00963402.2020.1728985>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2021): United States nuclear weapons, 2021 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 77:1, S. 43; <https://doi.org/10.1080/00963402.2020.1859865>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2021): Russian nuclear weapons, 2021 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 77:2, S. 90; <https://doi.org/10.1080/00963402.2021.1885869>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2022): United States nuclear weapons, 2022 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 78:3, S. 162; <https://doi.org/10.1080/00963402.2022.2062943>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2022): Russian nuclear weapons, 2022 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 78:2, S. 98; <https://doi.org/10.1080/00963402.2022.2038907>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2023): The long view: Strategic arms control after the New START Treaty, 2022 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 79:1, S. 28; <https://doi.org/10.1080/00963402.2022.2156686>; Kristensen, H. M. & Korda, M. (2023): Russian nuclear weapons, 2023 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 79:3, S. 174; <https://doi.org/10.1080/00963402.2023.2202542>; Kristensen, H. M., Korda, M., Johns, E., & Knight, M. (2024): United States nuclear weapons, 2024 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 80:3, S. 182; <https://doi.org/10.1080/00963402.2024.2339170>; Kristensen, H. M., Korda, M., Johns, E., & Knight, M. (2024): Russian nuclear weapons, 2024 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 80:2, S. 118; <https://doi.org/10.1080/00963402.2024.2314437>; Kristensen, H. M., Korda, M., Johns, E., & Knight, M. (2025): Russian nuclear weapons, 2025 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 81:3, S. 208; <https://doi.org/10.1080/00963402.2025.2494386>; Kristensen, H. M., Korda, M., Johns, E., & Knight, M. (2025): United States nuclear weapons, 2025 in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 81:1, S. 53; <https://doi.org/10.1080/00963402.2024.2441624>; Arms Control Association; <https://www.armscontrol.org/treaties>; United States Department of State (2019): U.S. Withdrawal from the INF Treaty on August 2, 2019; <https://2017-2021.state.gov/u-s-withdrawal-from-the-inf-treaty-on-august-2-2019/>; United States Department of State (2023): New START Treaty; <https://www.state.gov/new-start-treaty>

KOMMENTAR

Verhandlungen Russland-Ukraine-USA: Theater für Trump?

Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin)

Die seit Anfang des Jahres vor allem in Abu Dhabi durchgeführten Verhandlungen zwischen der Ukraine, Russland und den USA waren ernsthafter als alles andere, was bisher an Verhandlungen für einen Waffenstillstand stattgefunden hat. Bei den Verhandlungen in Abu Dhabi haben erstmals Sicherheitsberater von russischer und ukrainischer Seite teilgenommen, was die Delegationen aufgewertet hat. Es wurde konkret über Gebietsabtretungen und Sicherheitsgarantien gesprochen, die beiden zentralen Schlüsselfragen für die Ukraine. Ebenso wurden 314 Kriegsgefangene in diesem Kontext ausgetauscht, auch wenn das nicht als Zeichen für Fortschritte bei den Verhandlungen verstanden werden sollte.

Territorien und Sicherheitsgarantien

Trotzdem hat es erneut keinen Durchbruch bei den Verhandlungen gegeben, auch wenn alle Beteiligten betonen, wie konstruktiv diese waren. Russland bleibt bei seinen Maximalforderungen mit einer vollständigen Abtretung des Donbas durch die Ukraine, also auch Gebiete des eigenen Territoriums, die Kiew noch kontrolliert. Auch wenn nach Umfragen des Kyiv International Institute of Sociology (KIIS) nur noch eine knappe Mehrheit der Ukrainer gegen eine Gebietsabtretung sind, wird es vor allem für das ukrainische Militär nicht akzeptabel sein, wichtige Festungsstätten im Osten der Ukraine kampflos an das russische Militär abzutreten. Ohne echte Sicherheitsgarantien ist die Ukraine nicht bereit, irgendwelche Konzessionen gegenüber Russland zu machen. Nach den beiden Minsker Abkommen 2014 und 2015 hat die Ukraine regelmäßig einen Bruch des Waffenstillstands durch Russland erlebt und ist sehr skeptisch gegenüber einem Abkommen, dass keine klaren Sicherheitsgarantien beinhaltet.

Der von den USA initiierte und von Selenskyj eingebrachte Vorschlag, das von Russland geforderte Territorium in eine demilitarisierte Wirtschaftszone umzuwandeln, wird von Moskau abgelehnt. Auch wenn US-Präsident Trump davon spricht, dass man bei den Sicherheitsgarantien fast vor dem Abschluss steht, sind Details wesentlich, und es bleibt die Frage, ob Kiew sich auf US-amerikanische Zusagen verlassen kann. Teil eines solchen Abkommens soll ein mit den Europäern, den USA und der Ukraine abgestimmter Mehrstufenplan sein: Bei Verstößen durch die russische Seite kommt es zu einer diplomatischen Reaktion der westlichen Seite innerhalb von 24 Stunden, während die ukrainische Armee als erstes reagiert. Sollte die Aggression weitergehen, greift in einer zweiten Stufe eine Koalition der

Willigen mit Großbritannien, Norwegen, Island und der Türkei ein. In einer dritten Stufe würden das US-Militär und andere NATO-Partner aktiv werden. Der Kreml lehnt jedoch vehement ausländische Truppen auf dem Territorium der Ukraine ab.

Inzwischen ist bekannt geworden, dass die US-Führung massiv den Druck auf die Ukraine erhöht hat, bis Juni einen Waffenstillstandsvertrag zu unterschreiben. Ab dann möchte sich die Administration von Präsident Trump auf den Wahlkampf für die US-Zwischenwahlen konzentrieren und das Thema Ukraine vom Tisch haben bzw. einen Erfolg vermelden.

Russland spielt auf Zeit

Es zeigt sich, dass die US-Seite weiterhin völlig verkennt, was Russlands Ziele in diesem Krieg sind und wie man ein stabiles Abkommen mit Russland abschließen kann. Putin geht es nicht um einige Territorien im Osten der Ukraine, sondern um die gesamte Ukraine sowie Russlands Rolle in der Welt und in der zukünftigen europäischen Sicherheitsordnung. Auf der US-Seite sind der Immobilienmakler Steve Witkoff und der Schwiegersohn von Donald Trump Jared Kushner intellektuell und diplomatisch nicht darauf vorbereitet, mit der russischen Seite zu verhandeln. Gleichzeitig hat der ukrainische Präsident Selenskyj wenig Handlungsspielraum, da die eigene Bevölkerung sowie die ukrainische Armee Gebietsabtretungen ohne Gegenleistungen nicht einfach akzeptieren wird. Selenskyj hat deshalb ein Abkommen an ein Referendum oder mögliche Wahlen gebunden. Genau diese fordert der Kreml bereits seit längerem, um so die Ukraine innenpolitisch zu schwächen und Selenskyj loszuwerden. Die US-Seite hat diese russischen Forderungen teilweise übernommen. Wie unter Kriegsbedingungen Wahlen durchgeführt werden sollen, was das für die Frontregionen bedeutet sowie für die von Russland besetzten Gebiete, ist völlig unklar.

Imitation von Verhandlungen

Letztlich sind die Verhandlungen blockiert, da Moskau keine weiteren Zugeständnisse machen will und auch nicht den Eindruck hat, dass es diese machen muss. Die kürzlichen Verhandlungen in Genf, die nach 2 Stunden bereits beendet waren, haben erneut die Unvereinbarkeit der Forderungen beider Seiten gezeigt. Die Führung in Kiew kann aus innenpolitischen Gründen keinen weiteren Zugeständnissen zustimmen. Auch wenn alle Verhandlungsparteien behaupten, die Gespräche seien konstruktiv, löst das die Grundprobleme nicht. Solange die

USA keinen ernsthaften finanziellen und militärischen Druck auf Russland ausüben, wird Putin sich nicht bewegen. Nur die Ukraine unter Druck zu setzen verschlechtert deren Verhandlungsposition, ohne einem nachhaltigen Frieden näher zu kommen. Putin möchte diesen Krieg militärisch gewinnen, sollte er seine Maximalforderungen nicht durchsetzen können, Trump hat darauf keine angemessene Antwort. Beide, Trump und Putin, denken in Einflussphären; Grenzen und die Souveränität von Staaten sind veränderbar. Es gilt die Macht des Stärkeren.

Es bleibt der Eindruck, dass die letzten zwei Verhandlungsrunden letztlich ein »Theater« waren, um

Trump's Bedürfnis nach einem Deal zu entsprechen. Alle Rhetorik von »konstruktiv« und »ganz nah am Durchbruch« hat nichts mit der Realität der Verhandlungen zu tun, sondern dient allein dazu, Trump zu gefallen und ihn nicht zu verärgern. Dabei wachsen die Frustration und Entfremdung der Ukrainer von den USA und zunehmend auch von Europa, dass letztlich als Zaungast an den Verhandlungen teilnimmt und am Ende trotzdem dafür wird bezahlen müssen. Aber den höchsten Preis zahlen die Ukrainer, mit ihrem Leben, jeden Tag, im kältesten Winter seit Beginn des Krieges.

Über den Autor

Dr. *Stefan Meister* leitet das Zentrum für Ordnung und Governance für Osteuropa, Russland und Zentralasien bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Davor war er Direktor des Südkaukasus-Büros der Heinrich Böll Stiftung und Senior Policy Fellow beim European Council on Foreign Relations.

KOMMENTAR

Der russische Staat schottet seine Bevölkerung ab

Soziale Medien aus dem Ausland sind für Normalbürger kaum noch zugänglich

Philipp Dietrich (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin)

Am 10. Februar 2026 war es dann so weit. Nach YouTube ging es WhatsApp und Telegram in Russland endgültig an den Kragen. Was zunächst mit Einschränkungen bei der Telefonfunktion der Messenger-Apps begonnen hatte, entwickelte sich zu einer Verlangsamung der Dienste eines nie dagewesenen Ausmaßes. Während ähnliche Bemühungen des russischen Staates zuvor oftmals an technischen Unzulänglichkeiten scheiterten, war dies der endgültige Beweis dafür, dass der Kontrollapparat eine neue Stufe erreicht hatte.

Technische Systeme zur Abschottung von WhatsApp und Telegram

Bereits 2018 hatte Russland vergeblich versucht, Telegram zu sperren. Doch der russische Baukasten zur Internetzensur war nicht sehr ausgefeilt. Und so schaffte Telegram es, die Sperren zu umgehen. Eine Blamage für den Staat, die sich nicht wiederholen sollte. Jetzt wurden Nägel mit Köpfen gemacht und Stück für Stück ein System entwickelt, das weltweit mit den ausgefeiltesten Zensurmechanismen – sei es im Iran oder in China – mithalten kann. Der Grundpfeiler dieses Fortschritts ist ein System namens Deep Packet Inspection (DPI), was auf Deutsch in etwa »umfassende Paketüberprüfung« bedeutet.

Datenströme im Internet werden in kleinen Paketen verschickt. DPI ist darauf spezialisiert, diese auszuwerten. Zum Beispiel liest das System bestimmte Adressdaten der Pakete aus, die sich nicht leicht verschlüsseln lassen und nach wie vor meist per Klartext übertragen werden. Außerdem führen die Systeme eine Protokoll-Analyse durch, die spezifische digitale Fingerabdrücke von Apps erkennt. Besonders effektiv ist zudem die Analyse von Zeit- und Verhaltensmustern. DPI-Systeme erkennen den Unterschied zwischen einem unregelmäßigen Datenfluss, wie er beim Versenden von Dateien vorkommt, und einem konstanten Echtzeit-Datenstrom, der typisch für Audio- oder Videoanrufe ist. Durch diese Kombination können Behörden mit hoher Wahrscheinlichkeit bestimmen, wofür ein Paket bestimmt ist, ohne den verschlüsselten Inhalt kennen zu müssen. Das Ergebnis: Pakete bestimmter Apps wie eben WhatsApp oder Telegram werden aussortiert und kommen nie beim Empfänger an. Die App versucht die Pakete immer wieder zu senden, kriegt aber nur selten eine Antwort und wird so unbrauchbar langsam.

Ergänzt wird diese Methode durch das nationale Domain-Name-System (DNS). Das DNS fungiert vereinfacht gesagt als das Telefonbuch des Internets, welches

menschenlesbare Adressen wie laender-analysen.de in die technischen IP-Adressen der Server übersetzt. Im Rahmen des Gesetzes zum souveränen Internet hat Russland ab 2019 ein staatlich kontrolliertes Spiegelbild dieses normalerweise weltweit operierenden Systems geschaffen. Die Konsequenz: IP-Adressen werden über das nationale System nicht mehr aufgelöst. Wer beispielsweise youtube.com im Browser eingibt, bekommt die Rückmeldung, dass diese Domain nicht existiert: Im »Telefonbuch« würde hierfür kein Eintrag mehr gefunden, da er von den Behörden entfernt wurde. Für den Durchschnittsnutzer ist die Seite damit nicht mehr erreichbar, obwohl sie im globalen, also im nicht-nationalen Internet, weiterhin existiert. Diese Methode ist wesentlich sauberer und skalierbarer als herkömmliche Sperren, da sie direkt an der Wurzel der Namensauflösung ansetzt.

Schlupflöcher vs. Kontrolle

Nun drängt sich die Frage auf, warum Plattformen wie Telegram nicht wie 2018 Maßnahmen ergreifen, die Sperren zu umgehen. Die Antwort lautet, dass dies ungemein komplizierter geworden ist. Da die Behörden, vereinfacht gesagt, nicht mehr nur IP-Adressen blockieren, sondern die Pakete anhand einer ganzen Reihe von Merkmalen erkannt werden können, reicht ein IP-Wechsel nicht mehr aus.

Grundsätzlich existieren Möglichkeiten zur Verschleierung, die sogenannte »Obfuscation«, bei der Datenpakete innerhalb anderer Pakete versteckt werden, um DPI-Geräte zu verwirren. Für Plattformen wie Telegram oder YouTube ist dies jedoch ein logistischer Albtraum von gigantischem Ausmaß. Denn beide Dienste haben nicht nur Nutzer in Russland, sondern hunderte Millionen täglich weltweit. Unter diesen Bedingungen ist es unmöglich, ständig experimentelle Updates zur Umgehung von Sperren zu veröffentlichen, ohne die Stabilität der App weltweit zu gefährden. Der finanzielle und technische Aufwand, um ein permanentes Katz-und-Maus-Spiel gegen die staatliche Infrastruktur eines technologisch hochgerüsteten Landes zu gewinnen, ist schwer tragbar. Daher beschränken sich die Umgehungsmethoden weitgehend auf Drittanbieterdienste, die jedoch eine separate Installation erfordern und auch nicht auf jedem Endgerät verfügbar sind. Denn auch hier sind Behörden aktiv geworden und haben viele dieser Dienste gesperrt oder aus App-Stores entfernen lassen.

Die russischen Behörden rechtfertigen diese Eingriffe stets mit dem Argument der nationalen Sicherheit. Sie führen Gründe wie den Kampf gegen Kinderpornografie, den Schutz von Personendaten oder die Abwehr von Bedrohungen durch ukrainische Drohnen an, die das Mobilfunknetz zur Navigation nutzen könnten. Das Perfide an dieser Argumentation ist, dass die genannten Bedrohungen zum Teil plausibel sind. Doch in einem autoritären Staat dienen sie vor allem als Vorwand, um eine Infrastruktur der totalen Kontrolle zu etablieren.

Sicherheit wird hier als die absolute Kontrolle über den Informationsfluss definiert, was im krassen Gegensatz zur tatsächlichen technologischen Sicherheit der Bürger steht.

Eine staatliche Super-App

Im Fall der Blockaden von YouTube, WhatsApp und Telegram geht es aber auch darum, russische Nutzer mehr und mehr in die Arme des staatlichen Dienstes VK Max zu treiben. VK Max ist eine App, die bereits Chats, Video- und Audioanrufe, kurze Videobotschaften, Geldtransfers, einen KI-Assistenten, Mini-Apps und Chat-Bots sowie die Integration mit den russischen Behördendiensten (Gosuslugi) bietet. Langfristig soll sie als universelles Ökosystem alle Alltagsaufgaben abdecken, inklusive tiefer Einbindung von VK Video für längere Videos (alternative zu YouTube), Clips und Live-Streams. VK Max wäre dann der chinesischen Super-App WeChat sehr ähnlich.

Das Größte Problem bei VK Max ist jedoch die fehlende Sicherheitsinfrastruktur, die absichtlich weggelassen wurde, wie beispielsweise die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Bei einer solchen Verschlüsselung, wie sie bei WhatsApp oder in den geheimen Chats von Telegram zum Standard gehört, werden Nachrichten auf dem Gerät des Senders verschlüsselt und erst beim Empfänger wieder entschlüsselt. Weder der Internetanbieter noch Geheimdienste können die Inhalte mitlesen. Bei VK Max hingegen erfolgt die Verschlüsselung nur zwischen dem Gerät und den Servern des Anbieters. Das bedeutet, dass alle Nachrichten, Standorte und privaten Dateien für den Betreiber lesbar sind und über das SORM-System, das russische Überwachungswerkzeug, in Echtzeit an den Inlandsgeheimdienst FSB übermittelt werden können. Außerdem sammelt die App permanent Nutzerdaten, die so in diesem Umfang laut Experten nicht nötig sind.

Der Verzicht auf starke Verschlüsselung wird von staatlicher Seite oft damit begründet, dass man Kriminellen und Terroristen keine geschützten Räume zur Kommunikation lassen dürfe. Aus Sicht der Cybersicherheit ist diese Argumentation jedoch hinfällig. Starke Verschlüsselung schützt die gesamte Gesellschaft vor Hackern, Identitätsdiebstahl und ausländischer Spionage. Ein System, das Hintertüren für den Staat offenlässt, ist prinzipiell unsicherer für jeden Nutzer. Historisch gesehen fassen autoritäre Regime den Begriff der Kriminalität zudem sehr weit, um auch politische Opposition, unabhängige Journalisten oder missliebige soziale Gruppen zu verfolgen. Durch die Integration von Zahlungsdiensten und staatlichen Ausweisdokumenten in die Super-App VK Max führt ein einziger Datenzugriff zur vollständigen Offenlegung der gesamten digitalen Existenz eines Bürgers.

Laut VK sind die Nutzerzahlen stark in die Höhe gegangen und liegen angeblich bei 60 Millionen täglicher Nutzer (laut Mediascope hat WhatsApp 96 Mio., Telegram 89 Mio.). Verifizieren lassen sich die Daten für VK

Max nicht. Doch es ist wahrscheinlich, dass die allgemeine Mehrheit der Bevölkerung mehr und mehr auf russische Dienste umsteigen wird, die eben nicht unbrauchbar langsam sind.

Internet nach chinesischem Modell

Während die technologische Elite weiterhin Virtual Private Networks (VPNs) nutzt, um verschlüsselte Tunnel ins Ausland aufzubauen, kapituliert der Durchschnittsbürger vor der technischen Hürde und der sinkenden Geschwindigkeit. Betrachtet man diese Entwicklung, so bewegt sich Russland immer mehr in Richtung des chinesischen Modells, in dem ein eigenes, nationales und stark kontrolliertes digitales Ökosystem geschaffen

wurde, das westliche Dienste für die Masse der Menschen überflüssig macht. Im Falle Chinas wurden sie gar nicht erst zugelassen. In Russland bildet die Verabschiedung eines neuen Gesetzes am 20. Februar 2026, welches dem Präsidenten die Befugnis erteilt, das Internet ohne Angabe von Gründen abzuschalten, den rechtlichen Schlussstein für diese digitale Isolation. Das Internet in Russland verliert damit endgültig seinen Status als Teil eines globalen, freien Raums. Es wird stattdessen zu einer nationalen Infrastruktur der Überwachung umgebaut, in der Bequemlichkeit gegen Freiheit und technologische Sicherheit gegen staatliche Kontrolle eingetauscht wird.

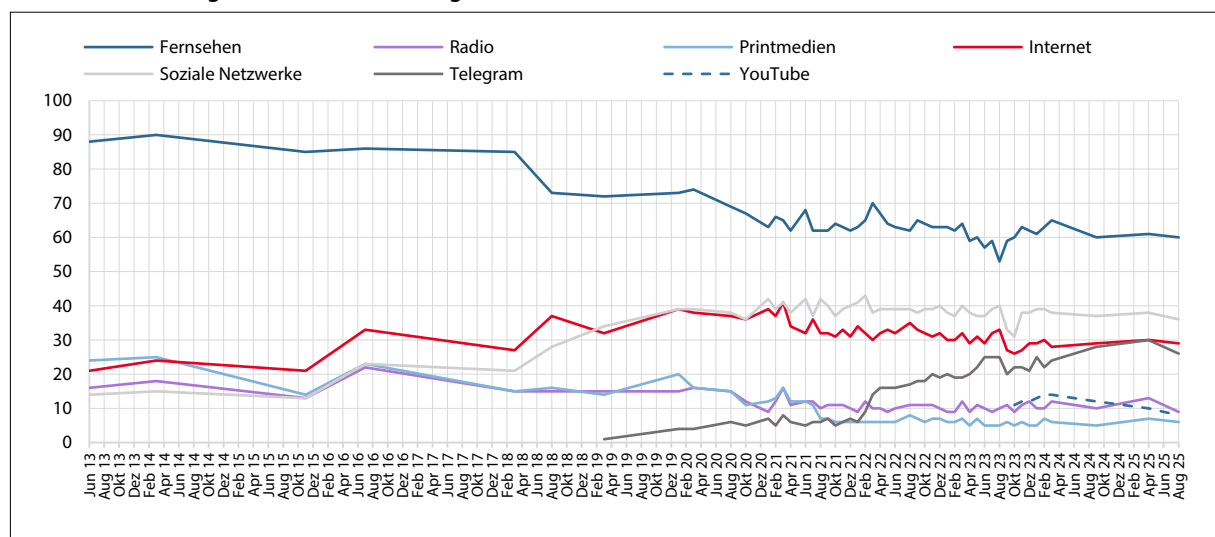
Über den Autor

Philipp Dietrich ist Associate Fellow am Zentrum für Ordnung und Governance in Osteuropa, Russland und Zentralasien der DGAP. Zuvor war er dort Projektmitarbeiter für das Projekt »Risks of the Sovereign Internet for Russia and Beyond«. Seine Hauptforschungsinteressen sind die russische Außenpolitik und die russische Cybersphäre. Dietrich hat sein Studium an der Universität Oxford mit einem Master of Philosophy in Area Studies abgeschlossen. Er hat einen Bachelor-Abschluss von Sciences Po Paris und hat während des Studiums Auslandserfahrung in Russland gesammelt.

UMFRAGEN

Informationsquellen

Grafik 1: Woher beziehen Sie Informationen zu Nachrichten im Land und in der Welt am häufigsten? (in % der Befragten, Mehrfachnennung erlaubt)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom zuletzt 21.03. bis 27.03.2024 und 19.08. bis 27.08.2025 unter 1.628 und 1.613 Befragten, veröffentlicht am 18.04.2024 und am 11.09.2025; online unter <https://www.levada.ru/2024/04/18/rol-televideniy-i-interneta-kak-glavnyh-istochnikov-novostey-i-top-naibolee-populyarnyh-rossijskih-zhurnalistov/> und <https://www.levada.ru/2025/09/11/istochniki-informatsii-v-avguste-2025-polzovanie-i-doverie/>.

Tabelle 1: Woher beziehen Sie Informationen zu Nachrichten im Land und in der Welt am häufigsten? (in % der Befragten, Mehrfachnennung erlaubt)

	Fernsehen	Radio	Printmedien	Internet	Soziale Netzwerke	Telegram	YouTube
Juni 2013	88	16	24	21	14	-	-
März 2014	90	18	25	24	15	-	-
November 2015	85	13	14	21	13	-	-
Juli 2016	86	22	23	33	23	-	-
März 2018	85	15	15	27	21	-	-
August 2018	73	15	16	37	28	-	-
März 2019	72	15	14	32	34	1	-
Januar 2020	73	15	20	39	39	4	-
März 2020	74	16	16	38	39	4	-
August 2020	69	15	15	37	38	6	-
Oktober 2020	67	12	11	36	36	5	-
Januar 2021	63	9	12	39	42	7	-
Februar 2021	66	12	13	37	39	5	-
März 2021	65	16	16	41	41	8	-
April 2021	62	11	12	34	38	6	-
Juni 2021	68	12	12	32	42	5	-
Juli 2021	62	12	11	36	37	6	-
August 2021	62	10	7	32	42	6	-
September 2021	62	11	7	32	40	7	-
Oktober 2021	64	11	6	31	37	5	-
November 2021	63	11	6	33	39	6	-
Dezember 2021	62	10	6	31	40	7	-
Januar 2022	63	9	6	34	41	6	-
Februar 2022	65	12	6	32	43	9	-
März 2022	70	10	6	30	38	14	-
April 2022	67	10	6	32	39	16	-
Mai 2022	64	9	6	33	39	16	-
Juni 2022	63	10	6	32	39	16	-
August 2022	62	11	8	35	39	17	-
September 2022	65	11	7	33	38	18	-
Oktober 2022	64	11	6	32	39	18	-
November 2022	63	11	7	31	39	20	-
Dezember 2022	63	10	7	32	40	19	-
Januar 2023	63	9	6	30	38	20	-
Februar 2023	62	9	6	30	37	19	-
März 2023	64	12	7	32	40	19	-
April 2023	59	9	5	29	38	20	-
Mai 2023	60	11	7	31	37	22	-
Juni 2023	57	10	5	29	37	25	-
Juli 2023	59	9	5	32	39	25	-
August 2023	53	10	5	33	40	25	-
September 2023	59	11	6	27	33	20	-
Oktober 2023	60	9	5	26	31	22	11
November 2023	63	11	6	27	38	22	12
Dezember 2023	62	12	5	29	38	21	12
Januar 2024	61	10	5	29	39	25	13
Februar 2024	63	10	7	30	39	22	14
März 2024	65	12	6	28	38	24	14
September 2024	60	10	5	29	37	28	12
April 2025	61	13	7	30	38	30	10
August 2025	60	9	6	29	36	26	8

Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom zuletzt 21.03. bis 27.03.2024 und 19.08. bis 27.08.2025 unter 1.628 und 1.613 Befragten, veröffentlicht am 18.04.2024 und am 11.09.2025; online unter <https://www.levada.ru/2024/04/18/rol-televideniya-i-interneta-kak-glavnyh-istochnikov-novostej-i-top-naibolee-populyarnyh-rossijskih-zhurnalistov/> und <https://www.levada.ru/2025/09/11/istochniki-informatsii-v-avguste-2025-polzovanie-i-doverie/>.

Zugangsbeschränkungen zu Telegram und Internet in Russland

Am 24.02.2026 gibt die Zeitung »Rossijskaja Gaset« bekannt, dass russische Behörden die Tätigkeiten von Telegram-Gründer Pawel Durow im Rahmen eines Strafverfahrens wegen Beihilfe zu terroristischen Aktivitäten prüfen. Das Verfahren stützt sich auf Untersuchungen des Innenministeriums und des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB), in dem Telegram vorgeworfen wird, als Infrastruktur für zehntausende Straftaten zu dienen, darunter mehrere tausend als Terrorakte eingestufte Delikte wie der Überfall auf die Konzerthalle »Crocus City Hall« 2024 oder die Anschläge auf die Propagandisten Darija Dugina und Maxim Fomin.

Im Verlauf des Jahres 2025 kommt es in Russland zunächst in einzelnen Regionen, später landesweit, zu Zugriffsperren und Störungen in den Messengern Telegram und WhatsApp, über die sich Nutzer beschwerten. Am 13.08.2025 bestätigt die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor, dass sie Sprach und Videoanrufe über WhatsApp und Telegram teilweise einschränkt. Roskomnadsor wirft den Betreibern vor, wiederholte Forderungen russischer Behörden zur besseren Bekämpfung von Betrug, Erpressung und Rekrutierung für Sabotage und Terror ignoriert zu haben, und erklärt, die Beschränkungen könnten aufgehoben werden, wenn WhatsApp und Telegram russische Gesetze vollständig erfüllten. Ab Oktober beginnt Roskomnadsor offiziell mit einer schrittweisen Blockierung der beiden Messenger-Dienste, die nun auch den Versand von Nachrichten einschließt. In beinahe der Hälfte der russischen Regionen ist die Nutzung der Dienste massiv gestört oder vollständig blockiert; betroffen sind zu der Zeit unter anderem der Süden Russlands, der Ural, Sibirien sowie später Großstädte wie Moskau, St. Petersburg, Kasan und Kaliningrad. Der Internetaktivist Michail Klimarew von der »Gesellschaft zum Schutz des Internets« erklärt, WhatsApp sei in Teilen Russlands faktisch bereits blockiert und die sukzessive regionale Ausweitung der Störungen entspreche einem Testszenario für eine landesweite Vollsperrung beider Dienste – ähnlich dem Vorgehen bei der später kompletten Blockade von YouTube.

Parallel kommt es im Verlauf des Jahres 2025 zu immer flächendeckenderen und längeren Abschaltungen des mobilen Internets im Land. Im November ist Moskau von großflächigen Zugangsproblemen auch im kabelgebundenen Internet betroffen. Das mobile Internet wird in mehr als 50 russischen Regionen nahezu täglich abgeschaltet. Während der Abschaltung sind nur Webseiten und Apps einer sogenannten »weißen Liste« zugänglich, eine Listung staatlicher Ressourcen, die vom Ministerium für digitale Entwicklung, Kommunikation und Massenmedien geführt wird. Behörden begründen die Abschaltung des Internets mit Sicherheitsmaßnahmen wie die Abwehr ukrainischer Drohnen und empfehlen in diesem Zusammenhang der Bevölkerung, sich auf langfristige Einschränkungen vorzubereiten.

Im Februar erreichen die Maßnahmen zur Kontrolle des Internets eine neue Ebene indem russische Behörden zum einen damit beginnen, gesperrte und verbotene Webseiten aus der staatlichen Nationalen Domainnamen-Systemdatenbank zu entfernen, die im Rahmen der Reformen der Gesetze über Telekommunikation und Gesetze über Information, Informationstechnologie und Informationsschutz von 2019 (auch das Gesetz über das »souveräne Runet« genannt) geschaffen wurde. Die gelöschten Seiten verschwinden aus dem staatlich kontrollierten Raum.

Zum anderen unterzeichnete Präsident Wladimir Putin am 20.02.2026 eine Gesetzesreform, die Mobilfunkanbieter und Provider verpflichtet, Mobilfunkverbindungen und den festen Internetzugang auf Anforderung des Inlandsgeheimdienstes FSB zu blockieren; die Sperrungen dürfen in allen vom Präsidenten per normativem Rechtsakt (z. B. per Erlass) definierten Fällen erfolgen, ohne dass eine konkrete »Bedrohung der Sicherheit« gegeben sein muss, wie im Gesetzesentwurf anfänglich formuliert. Damit können allerlei Kommunikationsdienste in einzelnen Regionen oder landesweit auf Entscheidung des Präsidenten und ohne Begründung ausgesetzt werden. Das Gesetz ist durch ein beschleunigtes Verfahren am 27.01.2026 in erster Lesung, am 18.02.2026 in zweiter und dritter Lesung in der Staatsduma angenommen worden.

Parallel zu den Entwicklungen wird seit Jahresbeginn in Russland eine Debatte geführt zur Notwendigkeit von Telegram und dem Schaden, der mit der Drosselung und Blockierung des Dienstes für russische Soldaten an der Front entsteht, denn der Messenger wird umfassend für die Kommunikation an der Front genutzt. Zu den Einschränkungen von Telegram kommt die des Starlink-Systems hinzu. Russische Truppen können die satellitengestützten Internet-Terminals, die hauptsächlich zur Steuerung von Drohnen, aber auch zur Stabilisierung des Internets genutzt werden, nicht mehr einsetzen wie bisher, weil das Unternehmen Space X in Abstimmung mit der Ukraine technische Maßnahmen ergriffen hat, die die unbefugte Nutzung durch russische Einheiten an der Front blockieren. Gleichzeitig führt die Ukraine ein Register für Starlink-Terminals ein (»weiße Liste«), die nach Registrierung freigeschaltet werden.

Im Folgenden sind Reaktionen auf die Ereignisse um die Beschränkungen des Zugangs zu den Messenger-Diensten Telegram und WhatsApp sowie zum Internet in Form von Zitaten nachgezeichnet.

Kommentare zu Zugangsbeschränkung zu Telegram in Russland

Inoffizielle Übersetzungen ins Deutsche durch die Redaktion der Russland-Analysen

Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor fordert von Telegram u. a. die Speicherung von Benutzerdaten in Russland sowie das Löschen von Inhalten und begründet am 10.02.2026 das anhaltende Blockieren des Dienstes mit fehlender Kooperation:

«Leider sind einige Messenger-Apps, darunter Telegram, diese Verstöße nicht angegangen. Die russische Gesetzgebung wird weiterhin nicht durchgesetzt, personenbezogene Daten bleiben ungeschützt, und es gibt keine wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung von Betrug und der missbräuchlichen Nutzung der Messenger-App für kriminelle und terroristische Zwecke.»

Zitiert nach Pressedienst der Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor bei Interfax <https://m.interfax.ru/1072012>

Pavel Durov, Gründer von Telegram, 10.02.2026

»Russland schränkt den Zugang zu Telegram ein, um seine Bürger zum Wechsel zu einer staatlich kontrollierten App zu zwingen, die für Überwachung und politische Zensur entwickelt wurde.

8 Jahre zuvor unternahm der Iran dieselbe Strategie und scheiterte. Er verbot Telegram unter fadenscheinigen Vorwänden, um die Bevölkerung zu einer staatlichen Alternative zu zwingen.

Trotz des Verbots nutzen die meisten Iraner weiterhin Telegram (und umgehen so die Zensur) und bevorzugen es gegenüber überwachten[sic] Apps.

Die Freiheit der Bürger einzuschränken ist niemals der richtige Weg. Telegram steht für Meinungsfreiheit und Privatsphäre, ungeachtet des Drucks.»

Via Telegram <https://t.me/durov/470%2010.02.2026>

Russischer Militärangehöriger aus dem Sektor Saporischschja, 10.02.2025

»Hallo! Kurze Nachricht zu einem dringenden Problem. Der Zugführer hat gerade wütend erklärt, dass diejenigen, die Telegram blockieren, in der Hölle schmoren sollen. Fast die gesamte Kommunikation läuft über Telegram, und wir haben [hier] einen Zug zur Bergung und Evakuierung Verwundeter an der Front – nur für alle Fall. Es lädt überhaupt nicht. Ich bin einfach nur noch emotional, mir fehlen die Worte...«

Zitiert beim Z-Blogger Zergulio via Telegram <https://t.me/SergeyKolyasnikov/75448>

LikbeZ, Militärblogger, 10.02.2026

»Unter Bedingungen der Spezialoperation entwickelte sich Telegram zur grundlegenden Kommandoinfrastruktur. Es übermittelt Befehle, Koordinaten und Drohrendaten und ermöglicht Besprechungen zwischen Hauptquartier und Front. Das Militär gibt offen zu: Ein erheblicher Teil der taktischen Kommunikation ist an diesen Messenger gebunden. Der Grund ist einfach: Alternativen sind entweder veraltet oder funktionieren bei instabilen Internetverbindungen nicht.

Der Versuch, die Armee zum Wechsel auf die Messaging-App MAX zu zwingen, ist technologisch gesehen ein aussichtsloser Weg. Anders als das angepasste Telegram sind Regierungsdienste eng mit zentralen Servern im Hinterland verbunden, und das Fehlen lokaler Kommunikationsknotenpunkte an der Front macht diese Apps bei der geringsten elektronischen Kriegsführung zu nutzlosen Symbolen auf Smartphone-Bildschirmen. [...]

Anfang Februar 2026, als die Starlink-Satellitenkommunikation in mehreren Gebieten ausfiel, brach die Kontrolle praktisch zusammen, und Angriffe mussten eingestellt werden. [...]

Darüber hinaus ist Telegram eine wichtige Plattform für Kriegsberichterstatte. Bis zu 90 % der armeefreundlichen Kanäle operieren dort außerhalb des offiziellen Medienregisters.»

Via Telegram <https://t.me/likbezzru/4904>

Dmitrij Peskow, Sprecher des Präsidenten Wladimir Putin, am 11.02.2026 gefragt nach Bedenken von Militärbloggern, die Verlangsamung von Telegram würde die Koordinierung der Einsätze der russischen Streitkräfte im Zentralen Militärbezirk behindern

»Ich bin kein Experte. Diese Fragen sollten an das Verteidigungsministerium gerichtet werden. Ich halte es für unvorstellbar, dass die Kommunikation an der Front über Telegram oder einen anderen Messenger abgewickelt wird. Es ist schwer, wenn nicht gar unmöglich, sich so etwas vorzustellen. Auf jeden Fall sollten Experten diese Frage diskutieren.«

Zitiert bei RBK <https://www.rbc.ru/politics/11/02/2026/698c498f9a7947d6945db961>

Wjatscheslaw Gladkow, Gouverneur der Oblast Belgorod, 11.02.2026

»Gestern bemerkten wir alle, dass Telegram deutlich langsamer geworden ist. Warum bin ich besorgt? Mein Telegram-Kanal war während unserer gesamten Kommunikation die wichtigste Informationsquelle, insbesondere zu Ihrer Sicherheit angesichts der sich schnell verändernden Lage. Ich befürchte, dass die Verlangsamung die Übermittlung von Einsatzinformationen an Sie beeinträchtigen könnte, sollte sich die Situation verschärfen, und wir befinden uns in einer Frontregion. Daher bitte ich Sie: Um Informationen zu Ihrer Sicherheit und der Ihrer Angehörigen zu erhalten, müssen Sie sich selbstverständlich für den Messenger MAX registrieren. Ich hoffe auf Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung. [...] Einen schönen Tag, Gesundheit und alles Gute!

Wjatscheslaw Gladkow ist bei MAX verfügbar.«

Via Telegram <https://t.me/vvgladkov/19228>

Maksut Schadajew, Minister für digitale Entwicklung, Kommunikation und Massenmedien, 18.02.2026

»Telegram ignorierte 150.000 Anfragen zur Entfernung von Kanälen, Materialien und Beiträgen, die verbotene Informationen enthielten.«

»Seit Beginn der Spezialoperation wurden mehr als 100.000 Anfragen gestellt, um Material zu entfernen oder Kanäle zu sperren, die Informationen verbreiten, die unsere Streitkräfte diskreditieren, sowie Falschmeldungen über die Spezialoperation. Auch diese Anfragen blieben völlig unbeantwortet.«

Bei einer Sitzung des Ausschusses der Staatsduma für Informationspolitik, zitiert bei Interfax <https://www.interfax.ru/amp/1073377>

Dmitrij Peskow, Sprecher des Präsidenten Wladimir Putin, 18.02.2026

»Der Kreml blockiert weder Telegram noch andere Plattformen. Das ist Aufgabe von Roskomnadsor.«

Zu Journalisten bei einer Pressekonferenz, zitiert bei TASS <https://tass.ru/politika/26482305>

Dmitrij Peskow, Sprecher des Präsidenten Wladimir Putin, auf die Frage, ob der Kreml-Pressedienst Telegram und einen VPN nutze, 19.02.2026

»Irgendwo schon ... Wissen Sie, wir haben viele Landsleute im Ausland. Viele Ausländer interessieren sich für die Agenda des Präsidenten. Und es liegt in unserem Interesse, ihnen diese Agenda zu vermitteln«

Zu einem Journalisten, zitiert bei TASS <https://tass.ru/ekonomika/26494069>

Kommentare zu Zugangsbeschränkung zu weiteren Plattformen sowie dem Internet in Russland

Inoffizielle Übersetzungen ins Deutsche durch die Redaktion der Russland-Analysen

Das Projekt »Na swjasi« (dt. »In Verbindung«) listet am 11.02.2026 die Löschung von 13 Ressourcen aus dem nationalen Domain Name System. Damit ist der Zugriff auf diese Seiten ohne zusätzliche Programme wie VPNs in Russland nicht möglich:

- YouTube (www.youtube.com)
- WhatsApp (www.web.whatsapp.com)
- Facebook (www.facebook.com), Facebook Messenger (www.messenger.com)
- Instagram (www.instagram.com)
- Windscribe (www.windscribe.com)
- Apkmirror (www.apkmirror.com)
- Tor (www.torproject.org)
- BBC (www.bbc.com)
- Nastrojaschtschee wremja (www.currenttime.tv)
- Deutsche Welle (www.dw.com)
- Radio Swoboda (www.svoboda.org)
- The Moscow Times (www.themoscowtimes.com)

Zitiert bei Novaya Gazeta Europe <https://novayagazeta.eu/articles/2026/02/11/ne-prosto-blokiruiut-a-slovno-stiraiut>

WhatsApp, Messenger des Konzerns Meta, 12.02.2026

»Heute versuchte die russische Regierung, WhatsApp vollständig zu blockieren, um die Bevölkerung zur Nutzung einer staatlichen Überwachungs-App zu drängen. Der Versuch, über 100 Millionen Nutzer von privater und sicherer Kommunikation abzuschneiden, ist ein Rückschritt und führt zwangsläufig zu einer geringeren Sicherheit für die Menschen in Russland. Wir setzen alles daran, die Kommunikation unserer Nutzer aufrechtzuerhalten.«

Via X <https://x.com/WhatsApp/status/2021749165835829485>

Dmitrij Peskow, Sprecher des Präsidenten Wladimir Putin, gefragt nach der Zukunft von WhatsApp in Russland, 11.02.2026

»Die Frage ist, ob Gesetze befolgt werden. Wenn die Meta Corporation dem nachkommt, wird sie mit den russischen Behörden in Dialog treten, und dann ist eine Einigung möglich«

»Wenn der Konzern an seiner kompromisslosen Haltung festhält und, wie ich sagen würde, keinerlei Bereitschaft zeigt, sich an russisches Recht zu halten, dann besteht keine Chance«,

Interview mit Nju TASS <https://tass.ru/ekonomika/26422597>

Iwan Lebedew, stellvertretender Minister für Digitale Entwicklung, Kommunikation und Massenmedien zur Abschaltung des Internets durch den FSB, 13.02.2026

»Wir werden auch Regulierungs- und Rechtsakte entwickeln, die das Verfahren detailliert beschreiben, damit ... nun ja, ich sage es Ihnen ganz offen, damit unsere Feinde es nicht vollständig verstehen. Es ist klar, dass diese Akte als geheim eingestuft werden, um detailliert Mechanismen zu bestimmen, was, wann und in welchem Umfang deaktiviert werden soll.«

Zitiert bei Nastrojasschtschee wremja <https://www.currenttime.tv/a/fsb-rossii-poluchit-pravo-otklyuchat-svyaz/33675430.html>

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>.

Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992. Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus und oder Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen. Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götze, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>